

Der „unterschlagnene“ Bericht

Manfred Scharrer

Jörn Schütrumpf (Hrsg.): „Spartakusaufstand“. Der Unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, Berlin 2018.

Bei dieser Publikation zum Spartakusaufstand handelt es sich nicht um eine quellenkritische Edition, sondern im Wesentlichen um eine fotografische Reproduktion eines historischen Dokumentes. Vom Herausgeber stammen zusätzlich ein Personen- und ein Sachverzeichnis sowie ein Vorwort und eine Einleitung.

Nach Aussage des Herausgebers hat der Druck „vor allem die Funktion einer Rettungs- bergung; er soll künftige Forschungen erleichtern.“ Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat diese Quellenpublikation gefördert.

Der reißerische Titel stammt vom Herausgeber. Im Original lautet er: „Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin“. Ihm zugeordnet sind ein „Niederschriftenband“ (stenografische Mitschrift der Zeugenbefragungen), ein „Urkundenband“ und eine „Anlage zum Urkundenband“. Insgesamt 599 Seiten (die Dokumentation beginnt mit S. 77). Er wurde in der „Sammlung der Drucksachen der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung“, Bd. 15, 1921 veröffentlicht.

Neue Erkenntnisse mag der Herausgeber nicht versprechen, stattdessen beteuert er sogar, dass er keine „systematische Auswertung“ vorgenommen hat – unterstellt gleichzeitig aber Historikern wie Rosenberg und Kolb, die in der Vergangenheit die Quelle eingesehen hatten, diese ebenfalls nicht systematisch bzw. „ernsthaft“ ausgewertet zu haben.

Nun, wesentlich Neues zum „Spartakusaufstand“ beizutragen, wird auch eine vielleicht künftige systematische Auswertung des Berichtes mit hoher Wahrscheinlichkeit ohnehin nicht leisten können. Zentrale Ereignisse, der Ablauf des Geschehens und das Handeln der maßgeblichen Personen im „Spartakusaufstand“ sind hinreichend bekannt. Kaum ein Zeitabschnitt deutscher Geschichte ist so gut erforscht wie die Novemberrevolution einschließlich der Januarunruhen. Protokolle, Berichte der Zeitgenossen, Autobiografien, Oral History, Zeitungen, Zeitschriften, Monografien, etc. – schier unübersehbar ist die Quellenlage und Literatur geworden. Was immer wieder neu verhandelt wird, sind die unterschiedlichen Interpretation und der Streit darüber.

Kern des Konvoluts ist der Niederschriftenband, das heißt die stenografischen Mitschriften der Ausschusssitzungen, also die Befragung maßgeblicher, aber auch weniger maßgeblicher Zeugen. Im Zentrum stehen dabei jedoch nicht die „Januarunruhen“ in ihrer Gesamtheit, sondern vor allem die Vorgänge im Polizeipräsidium und hier wiederum die Person und die Rolle des Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Dessen Weigerung, seine Entlassung durch das preußische Innenministerium zu akzeptieren, dem das Polizeipräsidium untergeordnet war, war bekanntlich der Anlass für die radikale Berliner Linke, „aufs Ganze“ zu gehen, das heißt die verhasste Revolutionsregierung um die Mehrheitssozialdemokraten Ebert und Scheidemann zu stürzen.

Dass sich die dokumentierte Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Eichhorn konzentrierte, mag auch daran gelegen haben, dass Eichhorn partout glaubte, den Standpunkt vertreten zu müssen, er sei als Polizeipräsident ein politisch neutraler Verwaltungsbeamter gewesen, der sich nichts vorzuwerfen und der seine Macht nicht zur Förderung seiner politischen Überzeugungen missbraucht habe. Er be-

stritt, dass seine Amtsenthebung rechtens war, denn er sei nicht vom Ministerium bestellt, sondern vom Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzt worden. Mit anderen Worten, er habe sein Amt von der Revolution erhalten und könne auch nur von dieser abberufen werden. Vor allem aber bestritt er, von der zweifelsfrei im Polizeipräsidium stattgefundenen Bewaffnung von Zivilisten etwas gewusst zu haben, ebenso von der einseitigen Auswahl der Bewerber nach ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit zu USPD bzw. Spartakusbund.

Da die Sicherheitswehr bereits zur Unterstützung der Volksmarine eingesetzt wurde, als diese glaubte, zur Erpressung ihrer Löhnung den Stadtkommandanten Otto Wels in ihre Gewalt bringen zu dürfen, geht es in den Befragungen auch um diese Vorgeschichte des Januarputsches. Das alles wird haarklein verhandelt. Mit dem sachlichen Ergebnis, dass der Leugnug Eichhorns kein Glauben geschenkt werden kann und dass Eichhorn zu den maßgeblichen Führern des Aufstandes gehörte, wie der zusammenfassende Abschlussbericht – der insgesamt um eine sachliche Bewertung bemüht ist – korrekt feststellte.

Das alles ist nicht neu und lohnte den Aufwand der nun erschienenen Publikation eher nicht. Das Lesen der diversen Zeugenaussagen ist mühselig, und es würde jeden Rahmen sprengen, aus dem Wust von Lügen und Verdrehungen, des Verschweigens und des Leugnens das Körnchen Wahrheit herauszufinden. Es ist oftmals ein Klein-Klein, ein Spiel vom Hölzchen aufs Stöckchen, und oft ist der Blick auf den Wald von lauter Bäumen verstellt. Das Interessante der Aussagen liegt nicht in dem allseits Bekannten, sondern eher in den kleinen Bemerkungen am Rande. Liest man noch zwischen den Zeilen, dann erscheint ein buntes Bild der Revolution aus konkreten Mosaiksteinchen, wie man es in der Revolutionsgeschichtsschreibung selten findet. Man bekommt eine Ahnung von dem chaotischen revolutionären Alltag, den wirren Zuständen in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung und der noch nicht etablierten neuen revolutionären Ordnung, der Implosion der alten Institutionen. Besonders das Polizeipräsidium erscheint als das reinste Irrenhaus. Doch auch die Volksmarine bietet ein solches Bild; und Wels scheint sich in der Stadtkommandantur in einer ähnlichen Welt bewegt zu haben.¹ Somit nicht zu Unrecht zitiert der Herausgeber ausführlich eine plastische Schilderung der Zustände von Anton Fischer, dem stellvertretenden Stadtkommandanten (S. 18 ff).

Der Versuch der Revolutionsregierung, in den ersten Wochen der Revolution eine loyale, verlässliche, militärische Macht zu organisieren, scheiterte vollständig. Im Nebeneinander einer Republikanischen Soldatenwehr, der Volksmarinedivision und der Sicherheitswehr im Polizeipräsidium mit jeweils getrennten Kommandostrukturen herrschte ein heilloses Durcheinander, sowohl innerhalb dieser „revolutionären“ Truppen als auch in der Aufgabenabgrenzung zwischen ihnen. Alleine dass niemand sagen konnte, wie viele Mitglieder der Volksmarine echte Soldaten oder nur disziplinlose „Papiersoldaten“ waren, die Löhnung erschlichen oder gleich zu Diebstahl und Plünderung übergingen, wirft ein grelles Schlaglicht auf den Zustand der revolutionären bewaffneten Macht. Ebenso wie zum Beispiel der von Eichhorn genannte Umstand, dass beim Aufstellen der Sicherheitswehr im Polizeipräsidium wahllos Leute eingestellt und bewaffnet wurden (ca. 3 000 Mann), von denen dann kurze Zeit später „600 bis 800 Mann wegen bedeutender Vorstrafen ausscheiden (mussten)“ (S. 266).

¹ Eindrucksvoll von Alfred Döblin erzählt: „November 1918“, Band 4, Karl und Rosa, Die Affäre Eichhorn, S. 264 ff. Wie überhaupt dieser großartige Roman viel Unbelichtetes der militärischen Niederlage, des Zusammenbruchs des Kaiserreiches und der Revolution enthält.

Entscheidend verschärft wurde dieses Tohuwabohu durch den parteipolitischen Streit innerhalb des sozialdemokratischen Lagers. Wie verheerend die Spaltung der Arbeiterbewegung sich auswirkte, wird am Beispiel der Soldaten und der Polizei sichtbar, die sich zunächst loyal zur Revolutionsregierung gestellt hatten. Wenn Soldaten vor die Alternative gestellt werden, zwischen USPD- und MSPD-Regierungsmitgliedern zu entscheiden (Beispiel Volksmarine), und wenn selbst die Schutzleute fürchteten, in einem Parteienstreit missbraucht zu werden und deshalb dem Dienst fernblieben, dann wird auch die Sicherung der zivilen revolutionären Alltagsordnung, der Schutz von Personen etc. chaotisiert und unmöglich.

Obwohl Eichhorn darauf bestand, dass er nur ein politisch neutraler Verwaltungsbeamter gewesen sei, bezeichnete er im gleichen Atemzug das Polizeipräsidium als „die letzte Position, die die Unabhängige Sozialdemokratische Partei im Besitz hatte“ (S. 298). Als der Putsch bereits angelaufen war, bekannte sich Eichhorn dann doch zu seiner Karriere als Putschist: „Ich will weiter bemerken, daß ich zu den Januarunruhen nichts beigetragen habe, ich habe mich stets zurückgehalten. Aber als die Dinge in Gang waren, habe ich mich selbstverständlich auf die Seite derjenigen gestellt, die den Kampf gegen die Regierung aufgenommen haben.“ (S. 302) Ob er deshalb schon auch zu den „geistigen Urhebern des Aufstands“ gezählt werden kann, ist eher zweifelhaft. (S. 102)

Die Berliner USPD belohnte Eichhorn für sein Treiben als erklärter Gegner der Nationalversammlung, indem sie ihn auf Platz 1 ihrer Kandidatenliste zur Wahl der Nationalversammlung setzte – noch vor Hugo Haase, den Parteivorsitzenden – und somit dafür sorgte, dass er Mitglied der Nationalversammlung wurde und das Privileg der Immunität erhielt und auch nutzte. Soll die Revolution weiter über eine Nationalversammlung in Richtung einer parlamentarischen Demokratie und eines demokratischen Rechtsstaats getrieben werden, wie es die Mehrheitssozialdemokraten wollten oder in Richtung einer Diktatur des Proletariats in Form einer Räterepublik nach dem Vorbild der Bolschewiki, wie es eine radikale Minderheit wollte? Diese große, alles überragende politische Streitfrage der Revolution vom ersten Tage an, wird in dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses und in der Niederschrift nicht berührt (sie kann teilweise im „Urkundenband“ nachvollzogen werden). So bleibt auch der entscheidende Grund, warum die radikale Linke die Revolutionsregierung stürzen wollte, unerwähnt: Es ging im „Spartakusaufstand“ vordergründig darum, die Revolutionsregierung zu stürzen, dahinter stand jedoch das Ziel, die Nationalversammlung zu verhindern und eine Diktatur zu errichten. Es wäre vielleicht die Aufgabe des Herausgebers gewesen, die Dokumentation zu kontextualisieren. Stattdessen übt er sich in Polemik. Warum gibt er dem Untersuchungsbericht den reißerischen Titel „Spartakusaufstand“, obwohl er selbst den schönfärberischen Begriff „Januarunruhen“ bevorzugt? Und warum behauptet er, der Bericht sei unterschlagen worden?

Zur zweiten Frage: Es ist auffällig, dass der Bericht erst rund ein Jahr nach Beendigung der Ausschusssitzungen abgeschlossen wurde. Der Ausschuss tagte vom 27. März 1919 bis 19. April 1920. Der abschließende „Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin“ (verfasst vom Vorsitzenden des Ausschusses Wilhelm Siering) trägt das Datum vom 8. Februar 1921. Die verfassunggebende Preußische Nationalversammlung hatte sich am 14. Januar 1921 nach getaner Arbeit aufgelöst. Da hatte der Ausschuss seinen Auftraggeber verloren. Der Herausgeber sieht darin den Beleg für seine Behauptung, der Bericht sei unterschlagen worden.

Da andererseits der Bericht in der „Sammlung der Drucksachen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung“ ordnungsgemäß veröffentlicht und in den Archiven zugänglich abgelegt wurde – „völlig korrekt“, wie der Herausgeber bestätigt –,

bleibt unerfindlich, warum er von einer Unterschlagung sprechen muss. Die Erklärung des Berichtstatters für die Verzögerung durch die chaotischen politischen Verhältnisse – die Nachwehen des Kapp-Putsches alleine waren im April 1920 noch keineswegs abgeklungen – ist doch naheliegend. Zeitgenossen wie Richard Müller und Historikern wie Artur Rosenberg war der Bericht durchaus bekannt. Spätestens seit Eberhard Kolb im Jahr 1962 sein Standardwerk über die Novemberrevolution vorgelegt hat, auch der neueren Geschichtsschreibung. Der Herausgeber vermutet als Grund für die „Unterschlagung“, dass der Bericht „zu viel von dem sichtbar machte, was wirklich geschehen war, und deshalb in der Öffentlichkeit versteckt wurde.“ (S. 7)

Um dieses „zu viel“ geht es. Zunächst: Der Herausgeber glaubt, im Untersuchungsausschuss wäre es „um die Legende vom sogenannten Spartakusaufstand“ gegangen bzw. „Ziel des Untersuchungsausschusses war es, die KPD (Spartakusbund), wie in bestimmten Medien bis heute immer noch üblich, für die Januarunruhen verantwortlich zu machen.“ (S. 31) Anders ausgedrückt, er unterstellt, der Untersuchungsausschuss habe die Aufgabe gehabt, einseitig dem Spartakusbund die Verantwortung für den Januarputsch in die Schuhe zu schieben.

Tatsächlich aber hatte der Untersuchungsausschuss die Aufgabe, „zur Feststellung der Ursachen und des Verlaufs der Unruhen in Berlin und anderen Teilen Preußens im Jahre 1919“ (S. 10, Fußnote 13) beizutragen, und genau dies hat er auch getan. Es ist keineswegs verwunderlich („zu viel“), daß er ganz richtig feststellt, der Aufstand sei von „der Berliner Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Spartakusbund in Gemeinschaft mit den revolutionären Obleuten“ geführt worden, „von denen wiederum über 60 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und wenig mehr als 10 der Kommunistischen Partei angehörten.“ (S. 33)

Der Umstand, dass die drei genannten Gruppierungen gemeinsam beschlossen hatten, die legitime Revolutionsregierung zu stürzen und das Blutvergießen im Januar vom Zaune zu brechen, war weder für die Zeitgenossen ein Geheimnis, noch für die beginnende Geschichtsschreibung. Das lag alles offen zu Tage und musste gar nicht ermittelt werden. Der Bericht gibt hier nur allseits bekannte Tatsachen wieder. Alleine der Prozess gegen den USPD-Politiker Georg Ledebour, der parallel zum Untersuchungsausschuss stattfand und große Aufmerksamkeit fand, rückt mit dem Angeklagten eine andere Organisation in die Schlagzeilen und in die Verantwortung für den Putsch.²

Durch die oben angeführte Feststellung des Ausschusses, dass von den revolutionären Obleuten die Mehrheit der USPD und nicht der KP zuzuordnen war, sieht sich der Herausgeber augenscheinlich dazu berechtigt, den Spartakusbund von seiner Mitverantwortung für den Aufstand weitgehend weißzuwaschen: „Die Kommunisten hatten die Januar-Unruhen weder verursacht geschweige denn gar angeführt. [...] Die Kommunisten waren lediglich beteiligt.“ (S. 11) Richtig ist, dass in breiten Teilen der Öffentlichkeit und in der politischen Auseinandersetzung sich schon zeitnah eingebürgert hatte, von den „Januarunruhen“ als „Spartakusaufstand“ oder „Spartakusputsch“ zu sprechen. Die interessante Frage, die sich aufdrängt – die der Herausgeber aber nicht stellt – lautet: Warum wurde trotz der offensichtlichen Beteiligung von drei Gruppierungen dem Januarputsch das Etikett „Spartakusaufstand“ angeheftet? Dazu noch einem Spartakusbund, der schon zur KPD mutiert war. Auch der Untersuchungsbericht spricht trotz seines Befundes an verschiedenen Stellen von den Aufständischen unterschiedslos als „Spartakisten“.

² Vgl.: Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919, auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour. Berlin 1919.

Eine einfache Erklärung wäre, es hängt mit der Griffigkeit des Ausdrucks Spartakus zusammen (und dem Bedeutungsgehalt von 2 000 Jahren Aufstands- und Unterdrückungsgeschichte). „KPD-Putsch“ klingt einfach nicht spektakulär genug, die Gruppe existierte zudem zum Zeitpunkt des Putsches erst fünf Tage unter diesem Namen. „USPD-Obleute-KPD-Putsch“ wäre überhaupt nicht eingängig gewesen. Solche Begriffe taugen nicht für die politische Auseinandersetzung. Den wirklichen Grund sehe ich jedoch darin, dass die Sache, um die es vom ersten Tag der Revolution an und vor allem dann im Januar 1919 ging, nämlich die Errichtung einer Diktatur des Proletariats, die vornehmliche Sache des Spartakusbundes in der Novemberrevolution war (die USPD und die Obleute waren sich uneins). Der Spartakusbund stellte mit den populärsten Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Linken Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zugleich die wortmächtigsten und radikalsten Publizisten dieser Sache. Die Anhänger der Diktatur in der USPD und bei den Obleuten konnten da in der Außenwirkung nicht mithalten. Das Ziel der radikalen Linken war im Kern, die durch die Vollversammlung der Berliner Arbeiter und Soldatenräte und später durch den nationalen Rätekongress legitimierte Revolutionsregierung zu stürzen, die Wahlen zur Nationalversammlung und eine demokratische Republik mit Gewaltenteilung und Rechtsstaat zu verhindern, um somit eine Diktatur des Proletariats zu errichten unter der Parole „Alle Macht den Räten“.

Das alles stand zu Recht für Bolschewismus und wurde von den maßgeblichen Akteuren selbst genauso verstanden³ – wie ihre näheren Begriffsbestimmungen zeigen: Richard Müller, der als „Leichenmüller“ sich einen Namen gemacht hatte, schreibt, dass „man in den revolutionären Kreisen“ Berlins im November fest entschlossen war, „mit dem demokratischen Staatsplunder Schluß zu machen und eine Räterepublik nach russischem Muster aufzurichten.“⁴ Emil Barth, neben Müller führendes Mitglied der Revolutionären Obleute und Mitglied der Revolutionsregierung (beide auch Mitglieder der USPD), brachte dies auf die schlichte Formel: „Bolschewismus ist Sozialismus“.⁵ Für Liebknecht heißt Räte-System „Diktatur des Proletariats“.⁶ Und Rosa Luxemburg schwärmt von der Diktatur des Proletariats als „wahre Demokratie“.⁷

Wenn schon die führenden Akteure ihr Treiben als Bolschewismus verstehen, dann braucht man sich nicht wundern, wenn der politische Gegner die Sprachregelung aufgreift und daraus einen Kampfbegriff zu machen versucht. Man tut wirklich niemandem Unrecht, wenn man von den „Januarunruhen“ als „Spartakusaufstand“ spricht. Dem Streben der Mehrheitssozialdemokratie und von Teilen der USPD nach Schaffung einer demokratischen Republik – ganz im Sinne des Erfurter Programms – und nach der Einberufung einer Nationalversammlung, stellte die radikale Linke die Forderung der Errichtung einer Diktatur des Proletariats entgegen. Dem Angebot der MSPD, die „Bruderhand liegt offen, schlägt ein“, setzte sie ein „Nieder mit Ebert-Scheidemann“ entgegen. Jeder, der für die Nationalversammlung eintrat, verriet ihrer Meinung nach den Sozialismus, war ein „Agent der Bourgeoisie“. Dem Streben der Mehrheitssozialdemokraten, einen Bürgerkrieg zu vermeiden, setzte sie eine Propaganda für den Bürgerkrieg

3 Dies gilt eingeschränkt auch für Rosa Luxemburg. Vgl.: Scharrer, Manfred: „Die Freiheit ist immer ...“. Die Legende von Rosa & Karl. Berlin 2002, Neuauflage, e-book. London 2016.

4 Müller, Richard: Vom Kaiserreich zur Republik, 1924, Nachdruck. Berlin 1974, S. 139.

5 Barth, Emil: Sitzung des Vollzugsrates, 16. November 1918, Stenographisches Protokoll, in: Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19: Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, Hrsg. von Gerhard Engel u. a., Berlin 1993, S. 75.

6 In: Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Hrsg. von Hermann Weber, Frankfurt a. M. 1969, S. 58.

7 Luxemburg, Rosa: Was will der Spartakusbund?, GW Bd. 4, S. 446.

entgegen und bezeichnete alle Versuche, den Bürgerkrieg vermeiden zu wollen, als „feigen Umweg“.⁸

Der Herausgeber weist zu Recht darauf hin, dass die deutsche Revolution im Schatten der bolschewistischen Revolution stattfand, und er spart nicht mit einer harschen Kritik an Lenin und Trotzki. Diese hätten gezeigt, wie sich „binnen kürzester Zeit [die sozialistische Idee] durch vorsätzliche Zerstörung der Produktionsapparate in Tateinheit mit Terror ins Nichts diskreditieren lässt.“⁹ Wie er dann trotzdem das Programm der radikalen Linken im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie gutheißen kann, obwohl dessen einzige Konkretisierung auf das Vorbild der Bolschewiki als „Schreckgespenst“¹⁰ verweisen, bleibt unerfindlich. Und der Januarputsch ging wohl nicht zuletzt deshalb in die Geschichte als „Spartakusputsch“ ein, weil in der *Roten Fahne*, dem publizistischen Organ des Spartakusbundes bzw. der KPD, die radikalste Propaganda für den Putsch betrieben wurde, meist verfasst von Rosa Luxemburg, die selbst dann noch dem Putsch das Wort redete, als der längst gescheitert war und als die Berliner USPD-Zeitung *Freiheit* längst nach Verständigung rief.¹¹ In ihrer zu diesem Zeitpunkt noch unveröffentlichten Kritik an den Bolschewiki hatte Rosa Luxemburg dies alles noch verdammt.¹² Doch wenige Wochen später wollte sie davon nichts mehr wissen. Luise Kautsky, ihre Freundin, die einen bewegenden Nachruf in der *Freiheit* veröffentlichte, kam nicht umhin, anzumerken: „Als ich sie im März 1918 sprach, stand sie dem Bolschewismus noch sehr kritisch gegenüber [...] Noch in späteren Briefen schrieb sie mir, die unerhörten Gewaltakte und Grausamkeiten der Bolschewiki lassen mich nicht schlafen“ – Umso erstaunter war ich, als sie nach ihrer Entlassung aus der Haft sich zu rein bolschewistischen Methoden nicht nur bekannte, sondern sie auch leider zu praktizieren begann. Es wird mir immer ein Rätsel bleiben, wie dieser klare Geist, sich den bolschewistischen Irrlehren [...] und verblenden lassen können, wie es möglich war, daß Rosa die verunglückten, russischen Experimente in Deutschland wiederholen wollte.“¹³

Warum Rosa Luxemburg einen solchen Positionswechsel vornahm, darüber kann bis heute nur spekuliert werden, dass sie ihn vornahm, darüber herrscht Einigkeit. Wie dies zu werten ist, darüber gehen die Meinungen wieder weit auseinander. Zu SED-Zeiten wurde sie für Ersteres verdammt, für Letzteres verehrt. Die SPD pflegte es umgekehrt. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – die die Revolutionsregierung politisch zu verantworten hatte –, rückte ihre Verantwortung als intellektuelle Wortführer des Januaraufstandes in den Hintergrund und wird in den Zeugenbefragungen und im Abschlussbericht vollständig ausgeklammert. Kritik an den Märtyrern der Revolution, zu denen sie sogleich von ihrer Glaubensgemeinschaft erhöht wurden, musste als pietätlos erscheinen. Auch die konkrete Verantwortung von Pieck, den Ob- und USPD-Leuten wie Ledebour blieb weitgehend ausgeklammert. Immerhin wird in der Anlage „Urkundenband“ eine Zusammenstellung der wesentlichen Artikel aus der *Roten Fahne* und der *Freiheit* dokumentiert. Auch der Streit zwischen USPD und KPD, wer der größere Putschist gewesen sei, wird abgebildet.

8 Luxemburg, Rosa: Die Nationalversammlung, S. 409.

9 Ebd., S. 14.

10 Vgl. Scharrer, Manfred: Der Mythos und das Schreckgespenst der bolschewistischen Oktoberrevolution in der deutschen Sozialdemokratie (Spartakusbund und USPD), in: ZdF, Nr. 41/2017.

11 Vgl. meine Darstellung in: Scharrer, Manfred: Die Spaltung der Arbeiterbewegung. Stuttgart 1981, Neuauflage, e-book. London 2016.

12 Vgl.: Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution.

13 Kautsky, Luise: Rosa Luxemburg zum Gedächtnis, in: Die Freiheit, Nr. 36 vom 20.01.1919.

Diese Schwachstelle des Untersuchungsberichts versucht die Einleitung des Herausgebers zu schließen. Dabei schiebt er jedoch ganz im Stile der alten kommunistischen Geschichtsschreibung die Verantwortung für den Januarputsch der MSPD in die Schuhe. Nicht die linke USPD, Obleute und Spartakus trügen die Verantwortung an dem Januarputsch, sondern die MSPD. Von vornherein sei es Eberts und Scheidemanns Absicht gewesen, die Revolution zu entwaffnen: „Eichhorn und sein Kreis hatten früh begriffen, daß Ebert und sein Umfeld, die Revolution per Entwaffnung, notfalls per Bürgerkrieg zu erdrosseln gedachten.“ (S. 41)

Das aber ist die vollständige Umkehrung der Überzeugungen und Politik der MSPD. Diese Verschwörungstheorie stützt der Herausgeber einzig und allein auf eine Aussage von Eugen Ernst, der in einem Interview mit dem *Avanti* geäußert hatte: „Der Erfolg der Spartakusleute war von vornherein ausgeschlossen, da wir sie durch unsere Vorbereitungen zum frühesten Losschlagen genötigt haben. Ihre Karten wurden früher aufgetischt als sie es wünschten, und wir waren daher in der Lage, ihnen entgegenzutreten.“ (S. 23) Selbst wenn etwas Wahres daran wäre, würde das keineswegs eine Interpretation im Sinne des Herausgebers erlauben. Bekanntlich war von einer Vorbereitung der SPD zu einer Entwaffnung der „Spartakisten“ – darum ging es in Eugen Ernsts oben zitierter Bemerkung und nicht um die Revolution – nichts zu sehen. Dass die bewaffneten Umzüge nur das Wohlwollen der *Roten Fahne* genossen, ist eine Seite, die andere, dass selbst Eichhorn (zusammen mit Ernst) die Entwaffnung dieser Zivilisten notwendig schien, schon alleine deshalb, „weil die Leute die Waffen hatten, zum großen Teil Verbrecher waren.“ (S. 301) Als Liebknecht, Pieck, Ledebour und Scholze glaubten, losschlagen zu dürfen, war die Revolutionsregierung ohne bewaffneten Schutz. Wenn die Putschisten nur ein klein wenig talentierter in bolschewistischer Aufstandskunst gewesen wären, wäre es ihnen wohl ein Leichtes gewesen, in Berlin die Regierung davonzujagen oder gleich zu liquidieren, wie manche „Revolutionäre“ phantasierten. Erich Kuttner sammelte erst dann unter MSPD-Anhängern in Berlin Getreue und Gustav Noske in den Vorortkasernen Soldaten, die bereit waren, für die Verteidigung der legitimen Regierung zu kämpfen, als die Putschisten bereits losgeschlagen hatten. Der Revolutionsregierung war keineswegs vorzuwerfen, dass sie sich gegen den bewaffneten Putschversuch mit Waffengewalt wehrte, wie schon Rosenberg feststellte, sondern allenfalls mit welchen Truppen (allerdings vermag er nicht zu sagen, welche loyalen Truppen zur Verfügung standen).

Die Absetzung von Eichhorn wird in diesem Zusammenhang vom Herausgeber als vorsätzlicher Schritt bezeichnet, die radikale Linke zum Putsch zu provozieren (schon Rosa Luxemburg glaubte diese Mär vertreten zu müssen). Folgerichtig – in der Logik einer Verschwörungstheorie – wird vom Herausgeber dann auch der Austritt der USPD-Volksbeauftragten aus der Revolutionsregierung und der Austritt der USPD-Minister aus der Preußischen Regierung ebenfalls als Machwerk der MSPD ausgegeben. Auch hier werden die Tatsachen wieder auf den Kopf gestellt: Es war von Anfang an das Programm der radikalen Linken, zu verhindern, dass die USPD eine Koalition mit der MSPD eingeht und, als sie dies nicht verhindern konnte, jeden Tag aufs Neue die Regierungsarbeit ihrer Mitglieder zu hintertreiben.

Rosa Luxemburg zog aus dem Desaster des Januarputsches eine irrsinnige Schlussfolgerung: „Vor allem aber muß die nächste Zeit der Liquidierung der USP, dieses verwesenden Leichnams, gewidmet werden, dessen Zersetzungsprodukte die Revolution vergiften [...] die Abrechnung mit den Scheidemännern setzt voraus die Liquidierung der USP, die als Schutzwand der Ebert-Scheidemann fungiert.“¹⁴

14 Luxemburg, Rosa: Das Versagen der Führer, S. 526.

Das war das letzte Wort der Autorin, die wenige Wochen vorher noch die überzeugendste Definition einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie („Freiheit der Andersdenkenden“) formulierte. Was diese scheußliche Liquidierungsfantasie bedeutet hätte, wenn sie eine Chance auf Umsetzung gehabt hätte, lässt sich erahnen beim Blick auf den „Roten Terror“ der Bolschewiki in Russland und beim Blick auf die politischen Mehrheitsverhältnisse in den Parteien, Räten und Parlamenten Deutschlands – auf die der Herausgeber in seinen Auslassungen an keiner Stelle zu sprechen kommt. Zum Beispiel wurde über die zentrale Streitfrage der Revolution auf der Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin (15. Dezember 1918) abgestimmt. Die Resolution pro Nationalversammlung (Haase) erhielt 485 Stimmen, die Resolution contra Nationalversammlung (Luxemburg) 195 Stimmen. Der nationale Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der einen Tag später zusammentrat, sprach sich mit überwältigender Mehrheit für die Einberufung einer Nationalversammlung aus. Eine Diktatur des Proletariats wurde abgelehnt (344 zu 98 Stimmen). Er bestätigte die Koalitionsregierung aus MSPD und USPD und bestimmte den 19. Januar 1919 zum Wahltag für die Nationalversammlung. Es konnte also gar keinen Zweifel geben, weder in Berlin noch im Reich, wo die Mehrheiten innerhalb des sozialdemokratischen Lagers standen, von den nicht-sozialdemokratischen Anhängern einer demokratischen Republik ganz zu schweigen. Diese Zahlen demonstrieren, wie verantwortungslos der Putschversuch einer hoffnungslosen Minderheit war, die glaubte, einem bolschewistischen Vorbild nacheifern zu sollen. Gegen welche Mehrheiten der Putschversuch im Januar gerichtet war, zeigen besonders eindrucksvoll die Wahlen zur Nationalversammlung gut eine Woche später: Die MSPD erhielt 37,9 Prozent und die USPD 7,6 Prozent Zentrum und BVB 19,67 Prozent, die DDP 18,56 Prozent und die DNVP 10,27 Prozent der Stimmen. Die KPD hatte sich an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht beteiligt, ihre „Stärke“ zeigte sich 1920 bei der ersten Reichstagswahl: Sie kam auf 2,09 Prozent der Stimmen.

Das gesamte Revolutionsbild, das hinter der Einleitung des Herausgebers steht, erinnert fatal an die SED-Geschichtsschreibung. Er glaubt, Ebert eine Falschspielermethode unterstellen zu dürfen, „daß er links blinkte und nach rechts abbog“ (S. 13) und kommt gar nicht auf die Idee, dass Ebert mit seiner Politik gerade in der Novemberrevolution den alten sozialdemokratischen Kurs hielt, nämlich demokratische Republik und Rechtsstaat durchzusetzen. Als die zum Bolschewismus abschwenkende radikale Linke nach Diktatur, Aufhebung der Gewaltenteilung und Bürgerkrieg schrie, formulierte er nüchtern: „Politische Freiheit ist Demokratie auf der Grundlage der Verfassung und des Rechts.“¹⁵ Und an die Delegierten des Rätekongresses gewandt: „Sie sollen aus der Gewalt der siegreichen Revolution heraus den neuen Rechtsstaat errichten. [...] auf die Dauer kann es in Deutschland nur eine Rechtsquelle geben, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes.“¹⁶

Es gab für Sozialisten im November 1918 keinen vernünftigen Grund, sich von den sozialdemokratischen Überzeugungen des Erfurter Programms loszusagen. Ebert und die MSPD kämpften in vorderster Reihe für Demokratie und Rechtsstaat. Teile der USPD, die Obleute und Spartakus wollten eine Diktatur und zettelten ohne Sinn und Verstand einen Bürgerkrieg an, wie dilettantisch auch immer. Die Vorstellung, Sozialismus mit Terror und Diktatur à la Lenin und Trotzki verwirklichen zu wollen, hat sich spätestens seit 1989 als katastrophaler Irrweg erwiesen. Man kann Ebert vorwerfen, er

15 Ebert, Friedrich: Rede am 1.12.1918, zitiert nach: Richard Müller: Die Novemberrevolution, Nachdruck Berlin o. D., S. 286.

16 Ebert, Friedrich: Begrüßung durch die Regierung, Kongreß der Arbeiter und Soldatenräte 1918. Stenographische Berichte, Nachdruck, Berlin o. D., S. 2.

habe zu vertrauensselig gegenüber den alten Eliten in Verwaltung, Justiz und Militär gehandelt, die ihm Loyalität versprochen und das Versprechen gebrochen haben, doch der Vorwurf, dass er gegen sozialdemokratische Überzeugungen gehandelt habe, trifft gewiss nicht zu. Von heute aus gesehen – nach der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus, der SED-Diktatur und den aktuellen Gefährdungen der Demokratie – können die Verdienste von Ebert und der MSPD um eine Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland gar nicht hoch genug geachtet werden. Es ging beim Spartakusaufstand und seiner Niederschlagung nicht um Revolution oder Konterrevolution, sondern darum, ob die real stattgefundene Revolution zu einer parlamentarischen Demokratie werden oder in eine Diktatur nach bolschewistischem Vorbild überführt werden sollte. Nur wer das Eintreten für Demokratie und die Vermeidung eines Bürgerkrieges als Konterrevolution denunziert, konnte die Sozialdemokratie als Konterrevolution bekämpfen. Nur wer so denkt, kann – wie der Herausgeber es tut – Ebert vorwerfen, er habe die Revolution auf eine parlamentarische Republik „begrenzen“ und „erdrosseln“ und den Rätegedanken „ersticken“ wollen.

Mit einem solchen Geschichtsverständnis, mit einem solchen Blick auf die parlamentarische Demokratie war und ist kein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat zu machen.